

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 6.— M. Durch Austräger 20.— M. pro Woche. Durch die Post 20.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspostfach: 6—6 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 21059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8897.

Montag, 9. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgehefte Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 9 gespalten oder deren Raum im Text 30.— M.

Die Not des Proletariats und die Wahlen in OS.

Anlässlich der ober-schlesischen Notstandsdebatten im preussischen Landtage am 4. Oktober hielt der Gen. Wied eine weitläufige Rede, in der er scharf umriss die politischen und ökonomischen Ursachen der Not und des Elends der ober-schlesischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie die notwendigen Maßnahmen zur Behebung dieses Elends aufzeigte. Es war eine gründliche Abrechnung mit den nationalistischen Hebern, den Schanddiäten eines Hörling und des Selbstschutzes, den bürgerlichen Parteien und der verhängnisvollen Koalitionspolitik der SPD. Wir können leider wegen Raumangel nur einen kurzen Auszug aus der inhaltreichen Rede unseres Genossen bringen, die bei der Wahlkampagne gute Dienste leisten wird. Gen. Wied führte aus:

Die vorliegenden Anträge der bürgerlichen Parteien und der SPD zeigen, daß in Oberschlesien wieder einmal Wahlen vor der Tür stehen, sie sind lediglich auf Stimmenfang berechnet. Das Elend, unter dem die ober-schlesischen Proletarier leiden, ist sicher noch viel größer als das der Arbeiter im übrigen Reich, wobei besonders die Wohnungsnot in Betracht kommt. Das wachsende Mißverhältnis zwischen den Löhnen und Gehältern gegenüber den Warenpreisen treibt die Arbeiter zu Verzweiflungsgängen, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, einen organisierten Kampf herbeizuführen. In Polnisch-Oberschlesien ist es bereits zu solchen Hungerkrawallen gekommen. Die polnischen Wojewoden wenden dagegen das gleiche Mittel wie die deutschen Behörden an: Maschinengewehre und Polizeitruppen. In Bismarckhütte hat es 7 Tote und Schwerverletzte gegeben. Natürlich versucht man auch durch rationales Sparen die Arbeiterkassen zu verkleinern, um einen gemeinsamen Kampf gegen die Steuerung und den Wucher zu verhindern. Die Arbeiterkassen Polnisch-Oberschlesiens fühlen sich noch mehr betrogen, als die in Deutsch-Oberschlesien, weil ihnen eingerechnet worden ist, daß mit der Lösung von Deutschland größere Rechte und Freiheiten von der polnischen Regierung gewährt werden würden. Die Vertrauenslosigkeit der Arbeiterkassen Polnisch-Oberschlesiens ist arg mißbraucht worden. Der Plebiszitischwindel durch die Abstimmungsmodalität am 3. September hat den Arbeitern gezeigt, daß ihnen vor den Wahlen von den Parteien alles mögliche versprochen aber nach den Wahlen nichts gehalten wird. Immer wieder wird versucht, die Arbeiterkassen über die Ursachen ihres Elends hinwegzutäuschen.

Die Wurzeln des Elends.

Die Hauptursache liegt in den Folgen des mehr als vierjährigen Weltkrieges mit seiner ungeheuren Verwüstung von Menschen, Kraft und Gut. Die Kriegsheber, die Durchhalteprediger und die Annexionspolitiker sind die Hauptschuldigen, und diese sitzen bei uns genau so wie im Auslande. Der Hauptfeind der Arbeiter steht im eigenen Lande. Das sind die Lebensmittelproduzenten, die Handel- und Industriekapitalisten, die die Waren und das Kapital um des Profites willen in das Ausland verschleppen, es sind die mit der Not des Volkes spekulierenden Börsenjobber, die Wucherer, die auf die Summe des Volkes spekulierenden Zentrumsparasiten, es ist die SPD, die um der Koalitionspolitik willen die Interessen der Arbeiter preisgibt.

Die nationalistische Hege.

Für die ober-schlesische Arbeiterkassen kommt als besondere Ursache ihres Elends die nationalistische Hege hinzu, die von der Bourgeoisie zur Zerstückelung des Proletariats betrieben wird. Dabei findet die Bourgeoisie sogar noch Unterstützung bei den Parteien und Gewerkschaftsführern. Besonders war es der vom sozialdemokratischen Parteisekretär zum Staatskommissar avancierte Wohlstandshöring, der ein williges Werkzeug der ober-schlesischen Kohlen- und Industrieburgen gegen die Arbeiterkassen war. Er trägt den größten Teil der Schuld an der ungeheuren nationalistischen Hege und den aus ihr hervorgegangenen Unruhen in Oberschlesien. Er hat die Hungerkämpfe des ober-schlesischen Proletariats durch Heranführung von konterrevolutionären Truppen, die ein furchtbares Blutbad unter den Arbeitern anrichteten, durch Schandrecht und Belagerungszustand, durch Arbeitszwang und Einsetzen der Technischen Notthilfe zu erschaffen versucht. Er hat eine furchterliche Saat der nationalistischen Verheerung ausgestreut, die dann die schweren Kämpfe in Oberschlesien zur Folge gehabt haben.

Bei dem Plebiszitischwindel sind alle Register der nationalistischen Verheerung gezogen worden. Das Plebiszit, das von der deutschen und der polnischen Regierung im reichen Maße zur Korruption der politischen Parteien gegeben wurde, hat diese Hege noch gesteigert. Die SPD unterteilt allein 30 Angestellte und die BPS 32 Angestellte zu diesem Zweck. Wir haben damals den Arbeitern den Rat gegeben, sich weder für Polen noch für Deutschland zu entscheiden, weil das heißt, sich für die deutsche oder polnische Bourgeoisie zu entscheiden. Wir haben versucht, in diesen nationalistischen Kämpfen die Klassenfront des Proletariats gegen die Bourgeoisie herbeizuführen. Das ober-schlesische Zentrum, das die Parole der unabhängigen Republik Oberschlesien herausgab, wollte damit sich nur den sterilen Wahn des Scheiterns.

Die Unterwerfung der Nationalisten.

Bei diesem Abstimmungsstreich gerieten sich die polnischen und deutschen Gewerkschaftsführer in die Hände und

die zur Schlichtung herbeigerufene Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vorstand ebenso wenig die polnischen und deutschen Arbeiter zu einer proletarischen Einheitsfront zu bringen. Sie versuchte, durch gewundene Redensarten, um diesen Konflikt herumzukommen, um sich letzten Endes doch für den Anschluß an Polen zu erklären. Sie kennzeichnete sich dadurch als eine Internationale der Nationalisten. Die deutschen Gewerkschaftsführer stellten sich in eine Front mit den deutschen Bourgeoisie, um Oberschlesien zu retten. Sie zeigten damit eine Begriffsverwirrung ärgster Art, faßten vom Gesamtinteresse des deutschen Volkes, der Erhaltung des Volkseinheit usw. Das sind Vorstellungen, die nur auf eine Täuschung der Arbeiterschaft hinauslaufen und bei der jeder Klassegegensatz verwischt wird.

Die Offensive des Kapitals.

Nach dem Plebiszitischwindel siehe als Dank für die „deutsche Treue“, die die Arbeiter durch ihre Abstimmung bewiesen hatten, eine heftige Kapitaloffensive gegen die Arbeiterschaft ein. Lohnherabsetzungen, Betriebsstillegungen, Arbeitszeitverlängerungen, Arbeiterentlassungen, Maßregelungen und Arbeiterausherrungen wurden vom Unternehmertum angewandt, um die rentierten Arbeiter zur Raision zu bringen. Der polnische Hegepostel Korsantch benutzte die wachsende Empörung der Arbeiterschaft gegen die Kapitaloffensive in geschickter Weise für seine Zwecke. Der polnische Maiaufstand 1921 war die Folge dieser Hege, bei der der schlimmste Terror von der polnischen Bojowka und der deutschen Orgesch gegen die revolutionäre Arbeiterschaft verübt wurde. Die von der Regierung nach Oberschlesien geschickten Freikorps Aulock, Löwenfeld, Korbach, Oberland hausten wie Mörder- und Blündererbanden. Auch gegenüber diesen Folgeerscheinungen der nationalistischen Hege, ermöglichten die Gewerkschaftsführer nicht die Klassenfront des Proletariats herzustellen, im Gegenteil, die polnischen und deutschen Gewerkschaftsführer standen an der Seite ihrer Bourgeoisie.

Der Selbstschutz.

Zur einer weiteren Landplage für das ober-schlesische Proletariat hat sich der Selbstschutz entwickelt, in dem in der Hauptsache ehemalige Mitglieder der Freikorps, Gruben-, Fabrik- und Staatsbeamte und auch eine Anzahl Arbeiter befinden, die durch die nationalistische Hege verwirrt worden sind und die glauben, damit dem Proletariat zu dienen. An der Spitze dieser Orgeschorganisation steht der deutschnationale Rektor Günther, der diese Organisation in der gemeinsten Weise gegen die revolutionäre Arbeiterschaft aufgestellt und dadurch fortgesetzt neue Unruhen hervorruft. Die deutschnationale Volkspartei hat es also nicht nötig, erst durch eine Umfrage im Landtage feststellen zu lassen, wo die Urheber dieser Unruhen zu suchen sind. Diese Schandorganisation des sogenannten Selbstschutzes hat nach Uebernahme von Deutsch-Oberschlesien durch die preussische Regierung in der allerschlimmsten Weise gegen die Arbeiter gewütet, die irgendwo im Verdacht polnischer Gesinnung standen. Durch die Röll-, Koffer- und Räumungskommission haben diese Kerle die Arbeiter verprügelt, aus den Betrieben und aus ihren Wohnungen vertrieben. Wahrscheinlich wollte man dadurch die Wohnungsnot für die deutschnationalen Arbeiter beheben. Dieses Schandwerk ist noch übertrumpft worden durch die Kopfabstehungskommission, die Arbeiterfrauen und -mädchen nachstellten, weil sie im Verdacht standen, sich während der Besetzungzeit mit ausländischen Soldaten abzugeben zu haben. Diesen Frauen wurde von diesen Fallunken die Kopfschneise abgeschnitten, die Kleider vom Leibe gestripen, ihr Körper mit Teer oder schwarzer Farbe angestrichen, dann nachdem mit Gummimäppeln durch die Straßen getrieben. Eine Frau, die sich vor diesen Bestien in eine Kanaltöhre flüchtete, ist darin erstickt. Die kommunistische Parteibruderei in Oelschitz wurde von diesen Waukitten gestürmt, die Hege verprügelt und die Maschinen zerstört. Der Führer dieser Organisation, der deutschnationale Günther, erklärte, daß er dem Treiben seiner Leute ohnmächtig gegenüberstehe. Das ist natürlich nur eine faule Ausrede.

Die SPD geht mit der Orgesch.

Diese gemeingefährliche Organisation wird von der SPD und der bisherigen USPD unterstützt. Für eine Demonstration dieser Organisation, die am 5. Juli in Oelschitz stattfand, wurde die Arbeiterschaft durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bedder und den unabhängigen Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates, Jäger, zur Teilnahme aufgefordert, wobei die Arbeiterschaft unter der schwarz-weißen Flagge und den Klängen nationalistischer Märsche für den Selbstschutz Propaganda machen mußte.

Die neue Abstimmungsmodalität.

Die nationalistische Hege erhielt einen neuen Aufschwung durch die Abstimmungsmodalität am 3. September, ob Deutsch-Oberschlesien deutsche Provinz oder selbständiger Bundesstaat sein sollte. Die Zentrumspartei erreichte auch hierbei durch Androhung der Autonomie, daß ihr die preussische Regierung und der Landtag, unter Zustimmung der SPD, der liberale Kasten bei der Belegung der Beamtenposten und in den Schulen gestützt wurde. Nachdem die Zentrumspartei dieses Geschäft gemacht hatte, ließ sie die Autonomieforderung fallen, so daß keine Partei mehr dafür eintrat. Wenn trotzdem dieser losplündernde Abstimmungsstreich noch gemacht wurde, so, um durch eine erneute nationalistische Hege die Arbeiterschaft gegeneinander aufzubringen und sie vom Klassenkampf abzuhalten. Bei diesem Schwindel marschierte wiederum die SPD in geheimer Front mit den bürgerlichen

Parteien, sogar mit den Deutschnationalen. Sie gaben einen gemeinsamen Aufruf heraus, der von nationalistischen Phrasentriest, so daß selbst die USPD diese Gemeinschaft als eine ekelhafte Einheitsfront mit der Mörderpartei bezeichnete. Trotzdem haben sich jetzt die Unabhängigen dieser ekelhaften Einheitsfront angeschlossen.

Die bevorstehenden Wahlen.

Jetzt wird ein neuer Abstimmungsstreich vorbereitet für die am 19. November stattfindenden Wahlen zum Reichstag, Landtag und Provinziallandtag, wobei allerdings diese ekelhafte Einheitsfront in die Drücke gehen wird. Jetzt wird jede der Parteien versuchen, für sich soviel als möglich aus dem bisher gemeinsam betriebenen Geschäft herauszuholen. Die vorliegenden Anträge geben schon einen kleinen Vorgeschmack, wie die ober-schlesische Arbeiterschaft erneut gefördert werden soll. Jetzt erinnert man sich sogar des Elends der Arbeiter und verspricht viel dagegen zu tun. Halten wird man von diesen Versprechen nichts.

Die Wahlanträge.

Was muß geschehen, um das Elend der ober-schlesischen Arbeiter zu beheben? Die vorliegenden Anträge zur Behebung der Wohnungsnot zur Unterbringung der stellunglos gewordenen Lehrer und Beamten, der Unterstützung der Flüchtlinge berühren nur einen kleinen Teil des ungeheuren Elends. Aber selbst diesem Teil wird nichts durch die Anträge und die hier vorgebrachten Bitten an die Regierung behoben werden. Die Antworten der beiden Regierungsbretter waren nichts als leere Versprechungen. Die Arbeiter müßten zugrunde gehen, wenn sie darauf ihre Hoffnungen setzen. Die Behebung der Wohnungsnot ist eine Frage, die nicht vom Kapitalismus gelöst werden kann, weil der Wohnungsbau gebunden ist an den Profit. Aber selbst den Maßnahmen, durch die die Wohnungsnot etwas gemildert werden könnte, der Beschlagnahme der Mägen und Schöfleser und der Klöster, setzt die Bourgeoisie und die Regierung als ihr Werkzeug den schärfsten Widerstand entgegen. Sie haben gehört, daß nicht einmal die Holzheraden hergegeben werden, weil die Reichswehr nicht damit einverstanden ist. Die Gemeinden sind finanziell bankrott und können Wohnungen nicht bauen. Genau so steht es mit der Reichs- und Landesregierung. Auch die Not, wie sie durch die Steuerung und die Geldentwertung von Tag zu Tag answillt, wird nicht durch die Anträge, selbst wenn sie durchgeführt würden, behoben werden. Dazu müssen energische Maßnahmen durch die Arbeiterschaft selbst ergriffen werden.

Was muß die Arbeiterschaft tun?

Durch die Kontrolle, die die Arbeiterschaft über die Produktion, über die Warenverteilung und der Preisfestsetzung ausüben würde, könnte das Elend wenigstens etwas gemildert werden. Die Arbeiterschaft könnte dadurch dem Wucher, der Waren- und Kapitalverschwendung einen energischen Damm entgegensetzen. Die Beschlagnahme der Lebensmittel, der Umbau- und Absteigerungsplanung der Lebensmittelproduzenten, die Beschlagnahme von Arbeiterkleidung, die Beschlagnahme von Wohnungen wären Maßnahmen, durch die immerhin dem Elend der Arbeiterschaft entgegengearbeitet werden könnte. Nur durch diese organisierte Selbsthilfe werden die Arbeiter aus dem Elend herauskommen. Dazu ist aber eine geschlossene und einheitliche Kampffront der Arbeiter notwendig.

Es wäre ein schlechter Dienst, den man der Arbeiterschaft erweist, wenn man sie auf die Maßnahmen der Regierung verweist. Wir sagen dem Arbeiter: verlaßt euch nicht auf das Parlament, nicht auf die Parteien, auch nicht auf die Partei- und Gewerkschaftsführer, sondern helft euch selber!

Was tut die SPD?

Gerade die SPD hat durch ihr Verhalten bei dem Streikentlagegesetz bewiesen, daß ihr die Koalition mit den bürgerlichen Parteien und ihre Ministerposten höher stehen, als die Arbeiter mit ihren Familien. War schon das Untagegesetz in seiner viel zu geringen Ersparnis des Brotgetreides und des viel zu hohen Preises an die Bäcker ein Brotwuchergesetz schlimmster Art, so soll dieser Wucher jetzt noch bedeutend gesteigert werden. Die SPD drohte mit Reichstagsauflösung und mit Regierungskrisis, aber sie ist noch jedesmal umgefallen und hat gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien den Arbeitern das Brot verteuert. Und so wird es auch jetzt geschehen. In heimtückischer Weise versucht sie die Arbeiter damit auszuhebeln, daß sie verspricht, für die Erhöhung der Löhne und Gehälter einzutreten. Als ob die SPD die Kraft und den Willen hätte, den nicht einmal die Gewerkschaftsführer aufzubringen vermögen? Die Unternehmer, die infolge ihrer Profite höhere Löhne zahlen könnten, tun es nicht, und die Gemeinden und der Staat sind ohnehin bei der Bezahlung ihrer Angestellten, weit zurück und schämen sich nicht. Die Arbeiter müssen sich mit aller Energie einer solchen Politik, wie sie von der SPD getrieben wird, mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. Die SPD ist materialistisch so an die Koalitionspolitik und die Regierung gebunden, daß sie die Interessen des Proletariats immer mehr vernachlässigt und nur durch die höchste Energie der Arbeiterschaft gezwungen werden wird, diese Politik aufzugeben.

Der wachsende Wutrum der Massen.

Diese Energie werden die Arbeiter nur durch ein geschlossenes Vorgehen aufbringen. Die gegenwärtige Betrugspolitik der Reichsregierung gegen die Steuerung hat einen guten

SPD.-Landtagsabgeordneter Kuttner ein Meuchelmörder!

Anlauf genommen. Sie muß bis zum Reichsbetriebsräte-Kongreß noch erheblich gesteigert werden. Dieser wachsende Ansturm der Arbeiterkraft gegen die Steuerung hat die Berliner Gewerkschaftskommission veranlaßt, sich für die Beteiligung am Reichsbetriebsräte-Kongreß auszusprechen, obgleich vom AOB dieser Kongreß geächtet und seine Teilnehmer mit dem Ausschluss aus den Gewerkschaften bedroht werden.

Die Arbeiterkraft, die USPD, und die SPD.

Die Arbeiterkraft gewinnt von Tag zu Tag mehr Vertrauen zur kommunistischen Partei, weil sie in ihrer Politik den einzigen Weg sieht, auf dem allein sie der Not und dem Elend entrinnen kann. Die Wahlen in Braunschweig und Thüringen bestätigen dies. Die Vereinigung der SPD mit der USPD bedeutet keine Stärkung der revolutionären Bewegung, weil sie auf dem Boden der Koalitionsfront zwischen SPD und den bürgerlichen Parteien, den Klassenfeinden des Proletariats, abgeschlossen worden ist. Dem wachsenden Vertrauen der Arbeiter zur kommunistischen Partei sucht die SPD durch eine maßlose Heße gegen die Kommunisten und gegen Sowjetrußland entgegenzuwirken. Besonders tun sich dabei die bisherigen USPD-Führer hervor, um dadurch ihren Befähigungsnachweis für die SPD zu erbringen. Die SPD-Führer haben zwar noch großes Mißtrauen gegen diesen Zuwachs, und lassen dieses in ziemlich groben Worten erkennen. Die sozialistische Zeitschrift „Firn“ stellt an die „bankrotten Führer“ der USPD die Forderung eines möglichst bescheidenen, der Situation möglichst angemessenen Verhaltens. Er spricht von dem verrückten Geistes, dessen Wort, er lenke sein Vaterland, das Deutschland heißt, die ganze politische Inferiorität dieser Unabhängigen zeigt. Auch über den Namen der neuen Partei streitet man sich in den Parlamentarismen. Den kraftgeschwollenen Führern der SPD will es nicht in den Sinn, daß sie sich „Vereinigten“ nennen sollen. Man ist sogar auf den lächerlichen Einfall gekommen, sich zu abeln, indem man der SPD nur ein kleines „v.“ vorsetzt. Der „Vorwärts“ in dem am 1. Oktober Dittmann einen Leitartikel über Weltkapitalismus und Weltproletariat schrieb, und die Forderung nach einer Internationalen der Tat stellte, um die unabhängigen Arbeiter mit radikalen Phrasen einzufangen, verurteilt diesen Heßens des Unfalls in derselben Nummer mit einer Stelle, wonach infolge einer ausgedehnten Nachschau unsere Leitartikel usw. solange die merkwürdige Erscheinung nicht behoben ist, nicht mehr ernst genommen werden dürfen, was unsere Leser schon bemerkt haben dürften.

Die Einheitskoalition marschiert!

Während sich die Arbeiterkraft der Illusion hingibt, daß durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien eine Stärkung des Proletariats herbeigeführt wird, besorgen die USPD-Führer die Befreiung der Arbeiter von diesem Wahne. Um dies gründlich zu tun, verhandelt die SPD jetzt mit der deutschen Volkspartei, damit diese in die Reichsregierung eintritt. Um den Steuerungsfaktionen des Proletariats mit der nötigen Kraft entgegenzutreten zu können, verbindet sich die USPD mit der Orgesch, wie das bereits in Hamburg geschehen ist. Dort hat sich die Sozialdemokratie verpflichtet, den „Heimatschutz“ zu unterstützen, dessen Aufgabe darin besteht, der Polizei bei der Unterdrückung von Unruhen und Wälderungen behilflich zu sein. Hoffentlich findet sich kein sozialdemokratischer Arbeiter, der sich zu einem solchen Handwerk hergibt. Ferner hat sich die Sozialdemokratie in verschiedenen Bezirken einen Versammlungsschutz angeeignet, indem sie militärisch ausgebildete Arbeiter mit Gewehrpfeilen ausgerüstet, die die Arbeiter in den Versammlungen der SPD „zur Ruhe“ bringen sollen, die nicht widerspruchslos die auf die Säulung der Arbeiter berechneten Reden der SPD-Führer anhören wollen. Wir lehnen es ab, mit der Sozialdemokratie mit diesen Mitteln zu rechnen. Wenn sie ihre Argumente durch Gewehrpfeile ersetzen will, so wird das am ehesten dazu beitragen, den Arbeitern die Illusion zu nehmen, daß die Vereinigung eine Stärkung der Klassenfront bedeutet.

Das Beispiel Sowjetrußlands.

Das deutsche Proletariat muß, wenn es aus dem Elend heraus will, dem Beispiel seiner russischen Arbeitsbrüder folgen. Es muß die Diktatur der Bourgeoisie beseitigen, an die Stelle der Koalitionspolitik die proletarische Klassenpolitik setzen. Die ganze Heße, die gegen Sowjetrußland von der SPD betrieben wird, ist nur darauf berechnet, die deutsche Arbeiterkraft vor der Revolution grübelig zu machen. Das russische Proletariat hat sich aber trotz aller Schwierigkeiten, die ihm bei der Befreiung seiner Rätemacht und dem Aufbau einer kommunistischen Wirtschaft bereitet wurden, gegen alle Feinde durchgesetzt und die Bestände besser gemacht, während sie in Deutschland infolge der Koalitionspolitik von Tag zu Tag schlechter werden.

Der Weg aus dem Elend.

Wollen also auch die ober-schlesischen Arbeiter eine Lehre ziehen wie sie aus dem Elend, in das sie durch nationalistische Verheerung, kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und durch die Eröllungs-politik geraten sind, herauskommen, dann müssen sie am Wahltag nicht den Koalitionsparteien, nicht den Sozialdemokraten, sondern den Kommunisten ihre Stimme geben. Aber darüber hinaus müssen sich die deutschen und polnischen Arbeiter in einer revolutionären Klassenfront zusammenschließen und den Kampf aufnehmen gegen die ober-schlesischen Kapitalisten und Industriemagnaten, gegen die Arbeitszeitverlängerung gegen die Steuer, gegen die Orgesch und gegen die nationalpolitischen Heßen. Wir Kommunisten sind bereit, der Arbeiterkraft mit allen Kräften bei der Abführung ihres Leidensweges behilflich zu sein, aber das Werkzeug der Befreiung muß von den Arbeitern selbst getan werden. Wir laden den ober-schlesischen Proletariat: Deutsche und polnische Arbeiter, halt Euch zusammen, bildet eine Front, laßt alle nationalpolitischen Heßen beiseite. Schart Euch an das Banner der Revolution, das das Banner der kommunistischen Internationale ist. Nur in diesem Zeichen wecket Ihr Rettung.

Was wird mit Max Hoelz?

Die sozialdemokratische Partei hat den Vorschlag der kommunistischen Internationale, der SPD, auf Austausch des Genossen Max Hoelz gegen den SA-Linowsejda, bis heute nicht beantwortet. Die Sache liegt in den Händen des sozialdemokratischen Reichspräsidenten und des sozialdemokratischen Justizministers. Wir fordern die SPD, auf, vor der deutschen Arbeiterkraft klar und eindeutig, ohne Ausflüchte, zu erklären, ob sie gewillt ist, auf unseren Vorschlag einzugehen und in diesem Sinne die entsprechenden Schritte auch bei ihren Koalitionsgenossen zu unternehmen. Die deutsche Arbeiterklasse fordert eine Antwort auf ja oder nein! Die Arbeiter wollen wissen, wie ernst es die SPD mit der Verteidigung der SA meint und ob ihr die Qualen Max Hoelz' lieber sind als die Freiheit Linowsejdas. Die Arbeiter in den Betrieben müssen ja dieser Frage unbedingt Stellung nehmen.

Selbst vor bürgerlichen Berichten kann nicht die dunkle Rolle, ver-schwiegen werden, die die SPD, als Partei und die einzelne ihrer Mitglieder als hervorragende Führer im Kampfe gegen die Arbeiterkraft spielten. Nur einer von den Roske-Scheidemann-Wels war es, der am Freitag vor Gericht stand, der Landtagsabgeordnete Erich Kuttner. Herr Kuttner hatte Anklage erhoben gegen seinen früheren Parteigenossen Georg Davidsohn. Anklage deshalb, weil Davidsohn behauptet hatte, Kuttner habe in den Januartagen 1919 einen Parteigenossen ermordet. Und das bürgerliche Gericht? Es bestätigte die Behauptung Davidsohns. Kuttner hat einen Angehörigen des Regiments Reichstag mit dem Ausruf: „Ich kenne Dich, Du bist ein Spartakist!“ meuchlings erschossen. Kuttner hat vor Gericht weiter zugegeben, was ihm in einer Berliner Funktionärskonferenz nachgewiesen wurde, nämlich, daß er in den Tagen des Stapp-Bußches „beträchtliche Summen“ von den Gebrüdern Klarz angenommen hat. Nachstehend der

Verhandlungsbericht.

Der Kläger Kuttner bestritt, so berichtet die „Dena“, eingangs der gestrigen Verhandlungen die Richtigkeit der Behauptungen Davidsohns. Es handele sich für ihn um einen Kampf um seine politische Ehre und Existenz. Er habe schon früher gegen Davidsohn — der jetzt von Rechtsanwält Theodor Liebnicht verteidigt wird und der zahlreiche Zeugen beigebracht hat — wegen dieser Behauptungen klagten wollen. Der Fall, um den es sich hier handele, habe sich in der Spartakuswoche abgespielt. Er, Kuttner, sei Führer einer republikanischen Truppe gewesen und habe mit einer Patrouille ein Grundstück am Schiffbauerdamm betreten, von dem aus geschossen worden sei. Auf dem Grundstück habe man den früheren Angehörigen des Regiments Reichstag, Eichhorn, gefunden, der stark angetrunken gewesen sei. Er habe mit einer Handgranate gedroht, und da es sich nicht bloß um sein Leben, sondern auch um das von mindestens sechs seiner Leute gehandelt habe, habe er

Kuttner, auf den Mann geschossen.

Seine Absicht sei gewesen, ihn nur am Arm zu verwunden. Doch sei der Schuß in die Lunge gedrungen und E. sei später gestorben. Er, Kuttner, habe „in Notwehr“ gehandelt.

Ueber diesen Punkt kommt eine sehr umfangreiche Zeugenvernehmung in Gang. Der Chauffeur Köpfe hat geäußert, daß der Soldat E. ohne Waffe war, als Kuttner auf ihn schoß. Der Mann habe keine Handgranate in den Händen gehabt. Der Zeuge ist der Ansicht, daß es nicht nötig war, E. zu erschließen. Es seien genug Leute dagewesen, die ihn hätten händigen können. Kuttner sei sehr aufgeregt gewesen. Die Ehefrau des Zeugen Köpfe macht ähnliche Angaben. E. sei, als Kuttner ihn erschößte, völlig waffenlos gewesen.

Kuttner sei von hinten an Eichhorn herantreten und habe dann zweimal geschossen.

Die Zeugin hat den Ruf Kuttners: „Ich kenne Dich, Du bist ein Spartakist!“, gehört. Der Ungehoffene habe nach dem Schuß gerufen: „Kuttner, was machst Du denn?“ Eine weitere Zeugin, ein Fräulein Heimann hat den Vorgang von ihrem Fenster aus beobachtet. Sie erklärte vor Gericht, daß sie darüber so empört gewesen sei, daß sie am liebsten heruntergelaufen wäre, um Kuttner zu rufen, daß er ein Meuchelmörder sei. Der Zeuge Siegfried Jakobi bekundet, daß der Erschossene in seiner Kompanie sehr beliebt war. Auf Befragen erklärte der Beklagte Davidsohn, daß der Ehefrau des Erschossenen mitgeteilt worden sei, ihr Mann sei „im Straßenkampf“ gefallen.

Ein General Grauhoff, der Kommandeur des Regiments Reichstag, gibt an, daß die Meinungen geteilt gewesen seien. Eine Gruppe habe Kuttner recht gegeben. Nach seiner Meinung sei es nicht nötig gewesen, Eichhorn zu erschließen. Kuttner sei zu weit gegangen. Im ganzen habe der Zeuge den Eindruck, daß in der alten Armee ein Kompagnieführer, der das, was Kuttner getan habe, schlecht weggekommen wäre. Es sei damals auch eine Untersuchung eingeleitet worden. Pflüchlich habe man die Akten von der Reichskanzlei eingefordert.

und der Zeuge habe nichts mehr gehört. Auch mehrere andere Zeugen bestätigten den Vorgang in der gleichen Weise.

Das Gericht hielt eine weitere Beweisaufnahme über diesen Punkt nicht für erforderlich, da diese Frage

gelöst sei. Zum zweiten Punkt, daß Kuttner aus dem Vorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten in seiner damaligen Tat beseitigt sei, äußerte ein Kaufmann Angstein sich dahin, daß dem Bundesvorstand Schreiben Davidsohns zugegangen sei, daß Kuttner ein Mann mit eigener Hand erschossen habe. Wegen dieser Affäre wurde auch eine Kommission gewählt, die Kuttner nahelegte, zurückzutreten. Kuttner weigerte sich, ist später doch freiwillig zurückgetreten.

Zu der Frage der Annahme von Klarz'schen Geld gab Kuttner die Erklärung ab, daß er selbstverständlich das Geld von Klarz bekommen habe, da ja „dem niemand anderes in Frage gekommen“ sei. Daraus wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Nachdem sich das Gericht zu kurzer Beratung zugezogen hatte, erfolgte Freispruch des Angeklagten Davidsohn.

Das Gericht betrachtete als erwiesen, daß Kuttner „einen Mann unnötig getötet“ habe,

einen Mann, der zudem noch waffenlos gewesen sei. Die übrigen Behauptungen des Angeklagten Davidsohn habe der Kläger im Laufe der Verhandlung als nicht zugegeben.

Die Gerichtskosten werden dem Kläger zur Last gelegt.

Herr Erich Kuttner ist nicht nur Vorwärts-Redakteur und Landtagsabgeordneter. Er, der von einem bürgerlichen Gericht als Meuchelmörder bloßgestellt wurde, führt den Vorsitz des Untersuchungsausschusses des preussischen Landtags über die Mordtaten der weißen Barden in Mitteldeutschland!

Er, Herr Erich Kuttner, hat in Braunschweig in einer öffentlichen Versammlung der SPD über „Klassenjustiz und demokratische Rechtsprechung“ gegen den „Verbrecher Hoelz“ und gegen die „Verbrecher Sowjet-Rußlands“ die Arbeiterklasse „belehrt“.

Kuttners Entlarbung ist aufs Neue die Entlarbung der Sozialdemokratischen Partei, die niemals abgerufen ist vom Rostekurs und vom Kuttnerkurs. Die Entlarbung der Phrasen einer Partei, die Gewaltlosigkeit, Menschlichkeit und noch ein Duzend schöner Eigenschaften meuchelt, während sie noch jederzeit bereit war und als Helfershelferin des Bürgertums die Arbeiterkraft ihren revolutionären Bewegungen und Bestrebungen an mit dem Mittel des Mordes zu hemmen. Das Gericht hat festgestellt, daß der Kuttner ein Meuchelmörder hat zugleich festgestellt, daß die Partei des Kuttner eine Partei des Meuchelmordes ist.

Die kommunistische Partei, die offen und ehrlich tritt für den revolutionären Kampf gegen das Bürgertum und seine Zuhälter, und die offen und ehrlich erklärt, daß zur Aufrechterhaltung einer proletarischen Herrschaft Gewalt gegen die Feinde dieser Herrschaft nicht zu geben ist, sie wird tagtäglich von den Sozialdemokraten ihrem „Vorwärts“ und ihren Kuttnern wegen dieser ihrer Anerkennung auf das schamloseste verleumdet und beschimpft. Der „Vorwärts“ war es und vielleicht sogar der Meuchelmörder Kuttner als Redakteur des Vorwärts selbst, der noch vor wenigen Wochen von den „Blutbanden der Roten Fahne“ schrieb, als die Herrschaft den Versuch machten, die Berliner Arbeiterkraft anläßlich des Moskauer Urteils über die sozialrevolutionäre Mörder gegen Sowjetrußland aufzuheben. Heute kann die Arbeiterkraft an Hand des Beispiels Kuttner erkennen, wie die Blutbande sitzen. Wir vertreten keine Meuchelmord, sondern den ehrlichen revolutionären Kampf: offen stellen wir der Diktatur der Bourgeoisie mit ihren Gewaltmaßnahmen gegen das Proletariat, die Diktatur des Proletariats mit ihren Gewaltmaßnahmen gegen die Bourgeoisie entgegen. Wir Kuttner aber heucheln die Gewaltlosigkeit und die Humanität, um die Diktatur der Bourgeoisie im entscheidenden Augenblick mit Meuchelmord gegen die Arbeiterkraft zu verteidigen.

Arbeiter der USPD, Arbeiter der früheren USP., der Fall Kuttner geht Euch in erster Linie an! Er zeigt Euch in welcher Partei Ihr Euch befindet und er zwingt Euch zu neuen Nachdenken über die Wege der Revolution und die Wege der sozialdemokratischen Führerschaft. Er zeigt Euch, daß Ihr Euch zu entscheiden habt, ob Ihr die Diktatur der Bourgeoisie auf Kuttnerische Weise unterstützen wollt, oder ob Ihr offen und ehrlich für die Diktatur des Proletariats kämpfen wollt. Diese Frage wird jeder sozialdemokratische Arbeiter beantworten müssen.

Schlesische Rundschau.

Die Eisenbahn-Tarifserhöhungen.

Am 5. Oktober fand im Reichsverkehrsministerium eine Sitzung des händigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates statt, in der die von der Reichseisenbahndirektion vorgelegene neue Tarif-erhöhung gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Danach erhöhen sich die Gütertarife zum 15. Oktober um 60 Prozent der jetzt geltenden Sätze, angenommen die Kohlentarife für Kartoffeln und Obst, die in ihrer bisherigen Höhe bestehen bleiben. Die Personentarife, die zum 1. November um 100 Prozent erhöht werden, werden zum 1. Dezember um weitere 50 Prozent gesteigert, so

daß sie am 1. Dezember das Dreifache der Oktobertarife betragen.

Zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn wurde eine Beschleunigung der organisatorischen und technischen Maßnahmen, namentlich nach der Seite der Steigerung der Arbeitsintensität, gewünscht. Zur Angleichung der Personentarife an die Gütertarife soll zum 1. Januar eine weitere Steigerung der Personentarife erfolgen, so daß dann in der 3. und 4. Klasse die Erhöhungen etwa das Hundertfache des Friedenspreises betragen. Gleichzeitig soll die Spannung zwischen der 3. und 4. Klasse einerseits und den höheren Klassen größer werden. Der Ausschuss war einstimmig der Ansicht, daß eine weit stärkere Belastung der 1. Klasse nötig und tragbar sei. Bei der 2. Klasse waren die Auffassungen geteilt. Zur Frage

eines Valutazuschlages für die Ausländer im innerdeutschen Personenverkehr wurde nach eingehender Aussprache folgender Antrag held angenommen: Der Ausschuss des Reichseisenbahnrates ist der Auffassung, daß die eselt altersher im internationalen Verkehr beobachteten Grundzüge über die gleichmäßige Behandlung der Ausländer mit den Inländern auch in Zukunft beizubehalten sind.

Die Eisenbahnfahrpreise steigen also noch viel mehr. Dabei soll aber auch die Schinderei der Eisenbahner verschärft werden. Die Eisenbahner sollen mehr Arbeit leisten, während ihr Lohn mit jeder Preissteigerung geringer wird. Die Erhöhung der Gütertarife wird eine Steigerung der Preise für sämtliche Bedarfsartikel zur Folge haben, wird also den Arbeitern noch weitere Verelendung bringen. Und das Ganze ist Sozialdemokratische Wiederbaupolitik.

Preissteigerung gegenüber dem Vormonat um 71 Prozent.

Infolge der anhaltenden starken Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, ist die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Auswendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) im Durchschnitt des Monats September auf 11.376 gegenüber 7029 im August gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit nach 61,8 v. H. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben im September ist auf 15417 berechnet worden. Die Steigerung gegenüber August auf 58,2 v. H. Eine stärkere Verteuerung ist für die Bekleidungsansgaben festgestellt worden. Die Indexziffer für die Bekleidungsansgaben beträgt für September 26.000 gegenüber 12.571 im Vormonat. Die Steigerung mithin 106,8 v. H. Unter Einfluß der Auswendungen für Bekleidung berechnet sich die Reichsindexziffer für September auf 13.319. Die Steigerung gegenüber der Augustzahl von 7765 beträgt danach 71,5 v. H.

Trotzdem diese Zahlen noch weiter hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, zeigen sie an, wie sehr sich der Reallohn der Arbeiterschaft im Laufe des September wieder verschlechtert hat. Die Reichsindexziffer zeigt eine Teuerung um 71 Prozent an. Kaum eine Arbeiterkategorie aber hat während dieser Zeit auch nur einen erheblichen Teil dieser Teuerung durch Lohnerhöhungen wettgemacht.

Liebet Eure Feinde.

Wie sich das Wort bewahrheitet, oder vielmehr nicht bewahrheitet, beweist so recht folgender Vorfall. Bei der Beerdigung der Frau Böckel aus Weißstein, wie es zu Ausschreitungen, über die wir schon in lokalen Teil unserer Zeitung berichteten. Grund dieser Ausschreitungen fand jetzt vor der Waldenburger Strafkammer der Prozeß der ersten drei Genossen B. W., B. B., B. St. wegen angeblichem Landesfriedensbruch statt, der mit Freisprechung endete. Jeder objektive Mensch; und überhaupt derjenige, der sich über den Sachverhalt der Klage klar war, konnte sich nichts anderes als Freispruch denken.

Andererseits urteilten die echt Katholischen, wie man aus Ihren Unterhaltungen heraus hören konnte. Wie freuten sie sich vor der Verhandlung, ja man hörte sogar Neujugungen wie: „Die Angeklagten haben sich schon die Gelbsucht an den Hals gegärtet“. Aber wie war Ihnen zu Mute, als die Genossen freigesprochen wurden? Der immer so streng christlich sein wollende, erkatholische Bergmann Paul Fritsch aus Weißstein von der Mittelstraße 7, konnte sich nicht verkneifen, sogar auf der Arbeitsstelle über die freigesprochenen Genossen loszu-

wettern. Er äußerte unter anderem: „die hätten sollen verflucht und verdammt sein“. Dasselbe wiederholt er immer und immer wieder.

Man kann es auch leicht erraten, warum die Empörung so groß war. Er und seine Glaubensgenossen hätten doch zu gerne den Vorsitzenden der freireligiösen Gemeinde von Weißstein hinter schwedischen Gardinen gesehen, so ganz nach echt religiösem Grundsatz:

„Liebet Eure Feinde mehr als Euch selbst.“

An diesem kleinen Beispiel können die Arbeiter wieder einmal die grenzenlose Heuchelei der sogenannten Christen sehen.

Wie kommen die Arbeiterfrauen aus dem Elend?

Über dieses Thema spricht am Mittwoch, den 11. Oktober abends 7 Uhr bei „Bräuer“ Gabystraße, in einer großen

Öffentlichen Frauenversammlung

die Gen. Else Baum, Berlin. Arbeiterfrauen! Genossinnen! Sorgt für Italien-Beluch!

Aus der Versammlungstätigkeit.

Dittersbach.

Einen guten erfolgreichen Verlauf nahm die von unserer Ortsgruppenleitung einberufene öffentliche Versammlung am Sonntag, den 1. Oktober. Als Referent war Gen. Ehrlich-Breslau erschienen. Er verstand es treffend, der Versammlung den Weg aus dem Elend zu zeigen. Die Anwesenden waren mit den Ausführungen des Gen. Ehrlich voll und ganz einverstanden. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Zum Abschluß der Werbeweche brachte uns die Versammlung noch 9 Neuaufnahmen in die Partei und 16 Zeitungsleser ein. Die neu aufgenommenen Genossen wurden aufgefordert treu zur Partei zu stehen und tüchtig für unsere gute Sache zu werben und zu arbeiten.

Ratten im Mehlager. In dem Mehlager der Bäckereiumgebung Hauptstraße 75 haben auch die Ratten ihr Lager aufgeschlagen. Ungehindert können diese Bazillenträger durch die morsche Erde und den Fußboden in das Mehlager vom Laifbäck einbringen. Trotz erstatteter Anzeige beim SPD-Gemeindevorsteher ist bisher noch nichts gegen diese Schweineerei unternommen worden. Meistens ist das Grundstück Eigentum der Gemeinde. Den Schaden, und eventuell entstehende Krankheiten haben nur die Konsumenten der Bäckerei zu tragen. Darum Genossen, Arbeiter! Kauft nur im Arbeiter-Konsum.

Ramslau.

Hier fand am Donnerstag, den 28. September eine öffentliche Versammlung statt, die außerordentlich zahlreich besucht war trotz Sabotage der SPD, die für denselben Abend schnell eine Gegenversammlung ihrer Mitglieder einberufen hatte. Trotzdem waren viele SPD-Arbeiter in unsere Versammlung gekommen, während die SPD einen Reinsfall erlitt. Ganze 20 Mann waren zu ihrer Versammlung erschienen, während unsere Genossen vor circa 250 Personen sprachen. Nach Eröffnung der Versammlung ging Gen. Krämer zu dem eigentlichen Thema: „Der Weg aus dem Elend“ über. Er schilderte unter reichem Beifall der Anwesenden das heut bestehende Elend sämtlicher Kopf- und Handarbeiter.

Auch geistete der Redner die arbeitserhindernde Politik der SPD. Zum Schluß forderte er auf, Kontrollausschüsse zu bilden und darauf hinzuwirken, daß den Reichsbetriebsräte Kongress recht zahlreich besucht wird.

Im der Diskussion sprach ein SPD-Mann, der die Ausführungen des Redners voll und ganz unterstützt. Besonders wies er darauf hin, wie die kleinen Handwerksmeister bald nicht mehr im Stande sind, ihre Existenz aufrecht zu erhalten und ihnen letzten Endes kein anderer Ausweg bleibt, als mit dem Proletariat gemeinsam zu kämpfen gegen die Klasse der Unterdrücker. Genosse Gräf ermahnte im Schlußwort die Anwesenden weiter zu kämpfen für die Sache des Proletariats. Eine Zellenammlung ergab den ansehnlichen Betrag von 195 Mk. Die Erträge der Ramslaue SPD, die sonst immer zur Stelle sind, und die Kommunisten als Verleumder hinstellen, haben diesmal nicht den Mut gefunden, unserem Redner entgegenzutreten. Sonst wäre sie auch, der Stimmung ihrer eigenen Genossen nach zu urteilen, von denen niedergeschrien worden. Immer weiter so vorwärts und wir werden's schaffen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Breslauer Bekleidungsarbeiter für den Reichsbetriebsräte Kongress

Einem Antrag der Betriebsräte im Bekleidungs-gewerbe folgend, fanden in Breslau zahlreiche Betriebs-versammlungen statt, welche sich mit dem am 22. Oktober stattfindenden Betriebsräte Kongress beschäftigten. Allen Versammlungen lag ein Antrag der Betriebsräte vor, einen Delegierten aus dem Bekleidungs-gewerbe nach Berlin zu entsenden. Nach einem Referat des Kollegen Baal wurde der Beschluß in allen Versammlungen einstimmig erhoben. Auch auf der Konferenz der Betriebsräte Schlesiens in Liegnitz ist der Verband durch einen Delegierten vertreten.

Die Nichtenauer Arbeiter wählen einen Kontroll-ausschuß.

Am Sonntag, den 1. Oktober fand im Prinz-Regent im Weibsdorf eine Mitglieder-Versammlung der Zählstelle Nichtenauer des Bergarbeiter-Verbandes statt. Tagesordnung war: 1. Organisatorischem, 2. Ortsauschüßfragen, 3. Bericht des Mai den Antrag, als zweiten Punkt die Bewegung festzusetzen, was auch geschah. Zum ersten Punkt verlas der Vorsitzende, Kollege Lange, einige Rundschreiben von der Bezirksleitung. Zum zweiten Punkt „Die Teuerung“ erhielt Genosse Mai das Wort. Er führte aus, daß es in den jetzigen Verhältnissen nicht unterlassen werden darf, gegen die Teuerung Stellung zu nehmen und Wege zu suchen, dem Elend vorzubeugen. Er schlug Bildung eines Kontrollaus-schusses vor. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte. Genosse Jekulla ging scharf mit den Gewerkschaftsführern ins Gericht, da dieselbe kein Verständnis für das Elend der Arbeiter zeigen. Genosse Junge, Ritter, Salmann, Glaubitz, Bach und die Kollegen Mantel und Lange brandmarkten die Ausbeuter am Orte selbst und in den umliegenden Orten. Besonders wurden die Arbeiter aufgefodert, sich das Verhalten des Mollereibeherrschers Schöber aus Weibsdorf etwas näher anzusehen. Aus jeder der Reden sprach die Ueberzeugung, daß etwas geschehen muß. Hierauf wurde ein Kontroll-ausschuß gebildet. Genosse Jekulla wies noch einmal darauf hin, daß der Kontrollauschuß auch arbeiten und nicht nur auf dem Papier stehen solle. Zum Punkt 3 entspann sich wiederum eine lebhafte Debatte. Gegen 10 Stimmen wurde der Beschluß gefaßt, den Austritt aus dem Laubauer Ortsauschuß zu vollziehen. Im Punkt Berichtsbereich wurde eine Resolution gegen die Schreibweise der Bergarbeiter-Zeitung eingebracht, in welcher die Redaktion aufgefordert wurde, statt die eigenen Mitglieder dauernd zu beschimpfen, sich mit Bildungsarbeit in den Gewerkschaften zu befassen, und die Teuerung zu bekämpfen. Diese Resolution wurde mit zwei Drittel Mehrheit angenommen. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten wurde die Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen.

Zur Teuerungsaktion der Gewerkschaften.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Nr. 38 des Korrespondenzblattes des NSDAP vom 30. September einen ganz kurzen Bericht, der, gelinde gesagt, reich-

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Großvater Jeramej hielt sein Besprechen: er kaufte für Nja ein Paar Stiefel, einen großen, schweren Paletot und eine Mütze — und so ausgerüstet schickte man den Jungen in die Schule. Neugierig und ängstlich zugleich ging er dahin — und finster, gekränkt, mit Tränen in den Augen kam er aus der Schule heim. Die Knaben hatten in ihm den Begleiter des alten Jeramej erkannt und im Chor zu spotten begonnen:

„Lumpensammler! Stinker! Stinker! Lumpensammler!“

Die einen kniffen ihn, andere zeigten ihm die Zunge, und ein besonders feder trat auf ihn zu, zog die Luft in die Nase ein und schrie laut, indem er mit einer Ortmasse des Abscheus sich von ihm abwandte:

„Ach, wie eilig der Kerl riecht!“

„Warum lachen sie mich denn aus?“ fragte Nja den Onkel voll Entrüstung und Zweifel. „Ist's denn eine Schande, Lumpen zu sammeln?“

„Nicht doch“, versetzte Terentij, den Kopf seines Reffen streichelnd, während er sein Gesicht vor den forschenden Augen des Knaben zu verbergen suchte. „Das tun sie nur — einfach so — aus Ungezogenheit — Mach dir nichts drauß! Müßt es eben tragen! Sie werden sich schon daran gewöhnen.“

„Auch über meine Stiefel lachen sie, und über den Paletot!“ Fremde Lumpen waren's, (sagte sie, aus 'ner Müllgrube hält' ich sie rausgezogen!“

Großvater Jeramej tröstete ihn auch darüber, wobei er vergnügt mit den Augen zwinkerte:

„Trag's, mein Vieber! Er wird's ihnen schon vergelten.“ Er. „Aber ihm gib's niemand!“

Der Alte sprach von Gott mit einer solchen Freude, mit solchem Vertrauen auf seine Gerechtigkeit, als ob er ganz genau alle Gedanken Gottes wüßte und in alle seine Absichten eingeweiht wäre. Und Jeramejs Worte beschwichtigten ein wenig das Gefühl der Kränkung im Herzen des Knaben. Am nächsten Tage jedoch waltete dieses Gefühl von neuem um so heftiger in ihm auf. Nja hatte sich bereits daran gewöhnt, sich als eine wichtige Person, einen wichtigen Arbeiter zu betrachten. Mit ihm sprach sogar der Schmied Stawel in freundschaftlicher Weise, und diese Schulungen lachten ihn aus und verspotteten ihn! Er vernachlässigte sich mit dieser Tatsache durchaus nicht zu befreundeten: die be-

leidigenden und bitteren Eindrücke der Schule verstärkten sich mit jedem Tage, prägten sich immer tiefer seinem Gemüte ein. Der Schulbesuch wurde für ihn zu einer lästigen, unangenehmen Pflicht. Er hielt sich in der Schule abseits, mied den Verkehr mit den andern. Durch sein leichtes Auf-fassungsvermögen hatte er sogleich die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich gelenkt; der Lehrer hielt ihn den andern als Muster vor, was wiederum dazu beitrug, seine Beziehungen zu den Schülern noch mehr zu verschlechtern. Er sah auf der ersten Bank und süßte stets die Anwesenheit der Feinde in seinem Rücken. Sie aber hatten ihn nun allesamt vor den Augen und wußten geschickt alles herauszufinden, was irgend an ihm lächerlich scheinen konnte. Und sie lachten auch beständig über ihn. Sogar besuchte dieselbe Schule und was gleichfalls bei seinen Kameraden schlecht angeschrieben. Sie nannten ihn allgemein nur den „Kaltkopf“. Er war zerstreut, lernte schwer und wurde fast täglich vom Lehrer gestraft, doch verhielt er sich vollkommen gleichgültig gegen alle Strafen. Es schien überhaupt, als ob er alles das, was rings um ihn vorging, kaum bemerzte und sowohl in der Schule als auch zu Hause in seiner ganz besondern Welt lebte. Er hatte keine eigenen Gedanken, und fast jeden Tag setzte er Nja durch seine seltsamen Fragen in Erstaunen. So fragte er gelegentlich, während er fin-nend vor sich hinschaute:

„Sag mal, Nja — wie kommt's denn, daß die Menschen so kleine Augen haben und doch damit alles sehen? Die ganze Straße sieht man, die ganze Stadt — wie kommt's nur, daß sie, die doch so groß ist, in unserm kleinen Auge Platz hat?“

Ober er starrte zum Himmel auf und sagte plötzlich:

„Ach, die Sonne!“

„Was denn?“ fragte Nja.

„Wie sie brennt!“

„Na — was also?“

„Nichts!... Weißt du, was ich mir denke? Wahr-scheinlich sind Sonne und Mond die Eltern, und die Sterne sind ihre Kinder.“

Anfänglich jammerte Nja über seine seltsamen Reden ernsthaft nach, dann aber begannen ihn seine Einfälle zu stören, da sie seine Gedanken von jenen Dingen ablenkten, die ihn zunächst angingen. Und solcher Dinge waren doch so viele, und der Knabe hatte schon gelernt, recht scharf auf sie zu achten.

Eines Tages kam er aus der Schule nach Hause und meinte mit höhmischem Ausdruck um die Lippen zum alten Jeramej:

„Unser Lehrer?! Haha! Der ist mir auch schön! ... Vestern hat der Sohn vom Kaufmann Malasjew eine Fenster Scheibe zerschlagen, und er hat ihn dafür nur ganz leicht gescholten. Und heut hat er die Scheibe einsehen lassen und aus seiner Tasche bezahlt.“

„Siehst du, was für ein guter Mensch das ist?“ ber-teigte Jeramej gerührt.

„Ein guter Mensch, jama! Und wie neulich Wanisa Klutsharew eine Scheibe zerschlug, da ließ er ihn ohne Mit-tagessen nachhause, und dann ließ er Wanisas Vater kommen und sagte ihm: „Du, zahl mal für die Scheibe vierzig Kopelen!“ Und Wanisa bekam dann Prügel von seinem Vater! ... So gut ist unser Lehrer ... siehst du!“

„Mußt auf so was nicht achten, Njuschka“, riet ihm der Alte, während er unruhig mit den Augen blinzelte. „Sieh es so an, als ob es dich gar nichts angeht. Zu entscheiden was unrecht ist, kommt Gott zu und nicht uns. Wir ver- stehen das nicht. Wir wissen nur immer das Unrechte her-auszufinden, das Rechte aber zu erkennen find wir nicht im- stande. Er dagegen weiß alles abzuwägen! ... Er kennt Maß und Gewicht aller Dinge. Ich zum Beispiel — ich habe gelebt, gelebt, geschaut, und geschaut — und wieviel Unrecht ich gesehen habe, vermag niemand zusammenzu-zählen. Die Wahrheit aber hab' ich nie geschaut!“

Das achte Jahrzehnt ist nun schon über mich hingezogen. Es kann doch nicht sein, daß in dieser langen Zeit die Wahr- heit nicht ein einziges Mal in meiner Nähe gewesen ist! ... Ich aber hab' sie nicht gesehen ... Kennst sie nicht.“

„Na“, sprach Nja zweifelnd, „was ist da viel zu wissen? Wenn der eine vierzig Kopelen zahlen muß, muß es auch der andere: das ist die Wahrheit!“

Der Alte wollte ihm durchaus nicht recht geben. Er sprach noch gar vielerlei von sich selbst, von der Blindheit der Menschen und davon, daß sie nicht umstände seien, einander gerecht zu beurteilen, sondern daß Gottes Urteil allein gerecht sei. Nja hörte ihn aufmerksam an, doch ward sein Gesicht dabei immer düstrier, und seine Augen-Mäuten immer finstrier.

„Wann wird denn Gott kommen, um zu richten?“ fragte er plötzlich den Alten.

„Das weiß man nicht! ... Sobald die Stunde schlägt, wird er herabkommen von den Wolken, zu richten die Lebend- igen und die Toten, aber wann es sein wird, das weiß man nicht.“

„Wir wollen doch mal am Sonnabend beide in den Abendgottesdienst gehen.“

„Gut, gehen wir!“

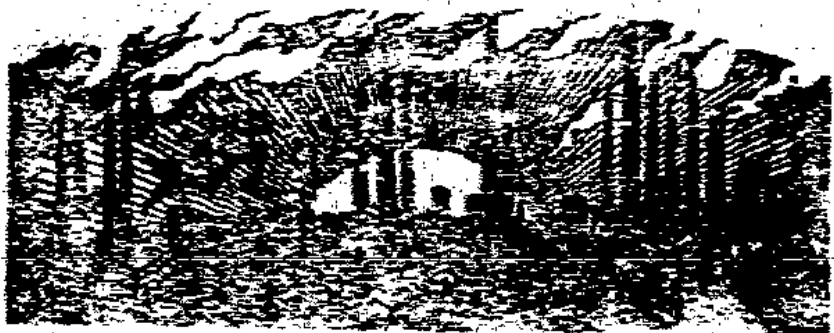
„Abgemacht!“

(Fortsetzung folgt.)

lich nach annimmt. An Erträgen werden neben den Einfuhrverboten für eine Reihe von Luxusgegenständen und Rohstoffen und der Erhöhung von Ausfuhrabgaben aufgeführt: Das Verbot der Verwendung von Inlandszucker für die Herstellung von Luxusgegenständen, eine wesentliche Einschränkung in der Herstellung von Bierbieren, die Sicherstellung der Versorgung mit Brotgetreide bis zum Frühjahr und der Versorgung mit Kartoffeln. Das diese Maßnahmen zur Linderung der Leertüte beitragen, glaubt der Artikelschreiber selbst nicht. Der Sabatbeiterverband hat in einer Kundgebung bereits dargelegt, daß das Einfuhrverbot für Sabat mehr Nachteile als Vorteile für die Verbraucher zur Folge hat. Die Erhöhung der Ausfuhrabgaben wird bei der weiteren Sentung der Markt, die in diesen Tagen von den deutschen Kapitalisten vorgenommen wird, wirkungslos. Helfen kann da nur die vollständige Erfassung der Valutagewinne mit Hilfe der Betriebsräte, d. h. durch die Produktionskontrolle. Vor einigen Wochen erst ist den Brauereien die Verwendung von Vollreis in der Bierherstellung gestattet worden. Die Folge war ein gewaltiges Hinanfschnellen der Reispreise schon vor der letzten Marktentwertung. Wenn nicht ein gänzlich Verbot der Verwendung von Reis für die Brauereien erlassen wird, wird dieses wichtige Nahrungsmittel auch weiterhin für breite Bevölkerungsschichten unerschwinglich bleiben. In den letzten Tagen erst hat sich die Regierung bereit erklärt, eine Erhöhung des Zuckerpreises um ungefähr das Doppelte zuzustimmen, sodaß sich der Preis für Inlandszucker fast auf derselben Höhe hält, wie für Auslandszucker. Von einer Versorgung mit Brotgetreide bis zum Frühjahr zu reden, ist angesichts der bevorstehenden gewaltigen Brotverknappung der reine Hohn. Für die Bevölkerung war die Versorgung mit Brotgetreide schon immer sichergestellt. Die Herrschaften vom NSDAP müssen doch zum mindesten einen Druck auf ihre Parteigenossen in den Ministerien ausüben, damit sie nicht immer wieder der niederträchtigen Bewucherung der Volksmassen durch die raffinierten Großagrarien indirekt ihre Zustimmung geben. Wenn es weiterhin heißt, daß das starke Angebot auf dem Kartoffelmarkt einermachen auf die Preise drücken dürfte, so zeigt das vielleicht von leidlichen formalen Remittissen des Verfassers auf dem Gebiet der Nationalökonomie. Die proletarischen Konsumenten aber, die es gerade jetzt z. B. in Berlin wieder erleben müssen, daß trotz günstigen Wetters und guter Ernte weit und breit kein Kartoffel aufzutreiben ist, weil die Großagrarien sie in wucherischer Ablicht zurückhalten, werden bestimmt anderer Meinung sein, als die Journalisten vom NSDAP. Der Herr Verfasser möge sich doch nach dem Westen hin bemühen, dann kann er sehen, daß dort Kartoffeln zu über 7 Mk. das Pfund feilgeboten werden. Das ist das doppelte des Preises von Mitte September.

Daß der NSDAP mit den Maßnahmen der Regierung im ganzen zufrieden ist, nimmt uns nicht weiter Wunder. Wir hoffen aber zuversichtlich, daß die arbeitenden Massen, die von diesen Maßnahmen verteuert wenig merken, mit uns anderer Ansicht sind und daß es ihnen durch ihre Betriebsräte gelingen wird, der kapitalistischen Auswucherung wirklich einen Damm zu legen.

Aus den Betrieben.



Die Eisenbahner sollen polizeilich kontrolliert werden.

Nachstehender Aushang wurde kürzlich den Eisenbahner des Güterbodens Breslau-West bekannt gegeben:

Zur A. 31. I. Güterboden Breslau-West, am 31. 9. 22.

Die z. Z. hier beschäftigten Arbeiter, die bei ihrer Einstellung kein polizeiliches Führungszeugnis vorgelegt haben, werden aufgefordert dies sofort zu tun. Von der Dienststelle wird die Beibringung der Zeugnisse genau überwacht werden.

Der Dienstvorscher i. v. Schrage

Stempel.

Der Zweck der Übung ist leicht zu erkennen. Es stehen neue Passenentlassungen von Eisenbahnern bevor. Diese Entlassungen sollen nach einem gut angeordneten Plan vorgenommen werden. Alle Eisenbahner, die der Polizei als Feinde des Kapitalismus bekannt sind, werden zuerst auf die Straße fliegen. Dadurch werden die besten Kollegen aus den Betrieben entfernt und die höheren Beamten haben es dann leicht, ihre Ausbentegehälter an den Vertriebenen anzuspielen.

Die menschenverachtende Provokation des Schrage muß die gesamte Eisenbahnerchaft auf dem Plan rufen. Denn es ist ungeschicklich, was dieser Herr fordert und die Eisenbahnerchaft hat die Pflicht, sich darüber zu äußern.

Sind denn die Eisenbahner den Profitgebern, dieser armen Opfer der kapitalistischen Gesellschaft, gleich, daß sie sich eine polizeiliche Kontrolle gefallen lassen müssen? Kein Eisenbahner darf dem Verlangen des Dienstvorschers Schrage Rechnung tragen. Wenn die Arbeiter einig und geschlossen gegen die Veranlassung aufstehen, dann werden sie diese mit Erfolg zurückgeschlagen.

Nach die Grubenbarone provozieren.

Auf der Melchiorgrube, Abteilung Koherei, wurde folgende Bekanntmachung ausgehängt:

Bekanntmachung!

Wegen vorzeitiges verlassen der Arbeitsstelle werden nachstehende Leute mit 100 Mark bestraft. (Genau 40 Kollegen an der Zahl.)

Kohlsanität (Melchiorgrube) den 2. Oktober 1922.

Unterschrift: Kohlsinspektor Rohl.

Diesem Aushang liegt folgendes zu Grunde: Am Sonntag, den 1. Oktober wurde, wie das aus betrieblichen Gründen Mode geworden ist, Doppelschicht verfahren von vormittags 10 bis nachts 2 Uhr. Da es aber stark regnete, hörten die Kollegen schon abends um 6 Uhr auf zu arbeiten, denn sie waren stark durchnäßt und durchfroren. Am Nachmittag telefonierte der Kohlsinspektor an, ob die Leute arbeiten. Er ersuhr, daß schon um 6 Uhr Schluß gemacht werden soll, darauf erließ er die Bekanntmachung. Am Dienstag darauf fand eine Versammlung der Nachschicht statt, die Beschwerde gegen die Underschwärmt er hob. Darauf ein langes Hin und Her der Betriebsräte mit dem Inspektor der darauf bestand, daß die Leute bestraft werden. Wie verlautet, soll er „gutmütig“ bereit gewesen sein, die Summe auf 50 Mark zu reduzieren.

Das gemeine Verlangen des Inspektors muß den allergrößten Protest der Bergarbeiter hervorgerufen. Aber ebenso wie das Verhalten des Inspektors, so ist auch das Verhalten der Arbeiter zu beurteilen, die Sonntags eine Doppelschicht verfahren. Es ist schlimm genug, daß die Gewerkschaftsführer den Achtfundentag beseitigen wollen. Wer soll ihn denn sichern, wenn er von den Arbeitern selbst durchbrochen wird? Nur dann kann die Arbeiterschaft den Kampf gegen weitere Ausbeutung und Verelendung führen, wenn sie geschlossen und mit äußerster Konsequenz den Achtfundentag hochhalten und verteidigen.

Breslau.

Notales.

Höher hinauf.

Am Sonnabend sind wieder wesentliche Preissteigerungen eingetreten. Die Gasmarke kostet 27.50 Mark, ein markenfrees Brot 160.— Mark, eine weiße Semmel 8.— Mark, die Margarine 240.— bis 260.— Mark und der Spiritus 180.— Mark. Das sind mir die Steigerungen, die wir feststellen konnten bei einem Besuch von zwei Geschäften. Der Lohn des Arbeiters ist mindestens seit dem 1. Oktober nicht mehr gestiegen, durch die neuen Preissteigerungen wird er noch mehr verschlechtert. Dank der Politik der Gewerkschaftspitzen werden die Löhne den heutigen Preisen dann angepaßt werden, wenn die Preise selbst sich schon wieder verdoppelt haben. Werden die Arbeiter daraus die Lehre ziehen und selbst den Kampf gegen die Teuerung aufnehmen?

Wer ist Herrscher?

Diese Frage wird durch eine kleine Episode treffend illustriert. In unserer Abteilung Nachhandlung erscheint der Postbote mit einer Nachnahmeforderung. Das Geld wird ihm zum Teil in Ostschleien der Stadt Breslau ausgehändigt. Der Postbote lehnt die Annahme derselben ab. Es sei noch nicht so weit, meint er, was wahrscheinlich sagen soll die Stadt ist sich mit der Postverwaltung noch nicht ganz einig. Hingegen ist er bereit, Ostschleien der Linde-Hofmann-Werke anzunehmen.

Wo: die Ostschleien eines kapitalistischen Unternehmens gehen der Postverwaltung mehr als die einer demokratischen Stadt. Warum auch nicht? Hinter den Stadthofschleien steht nur eine finanziell bankrotte Stadt. Hinter den Ostschleien der Linde-Hofmann-Werke aber steht die produktive Arbeit von 8000 angeheuteten Arbeitern. Waldenburg-Altwasser.

Erweiterung der Gasrentnerhilfe.

Die durch die fortgesetzte Geldentwertung und die Anpassung der Gehälter und Löhne an die jeweiligen Preisverhältnisse bedingte, künftige Erhöhung der Gasgebühren hat mehr und mehr dazu geführt, daß immer weitere Kreise der Bevölkerung nicht mehr in der Lage sind, die am Schluß jedes Vierteljahres oder auch für die einzelnen Gas-Berichtszeiten geforderten Beiträge anzubringen. Es hat sich gezeigt, daß die bisher geltende Einkommensgrenze für die Abgabe verbilligten Gases (10—15 000 Mk. je nach der Anzahl des Haushaltes) nicht mehr als richtig angesehen werden kann, nachdem die Kaufkraft des Geldes weiter gesunken und zugleich die Gebühr für die Gasnutzung weiter gestiegen ist. Daraus ist die dringende Notwendigkeit hervorgegangen, die bisherige Regelung zu ändern, so daß der Magistat bewußt, er wird, wie wir hören, einer Ausweitung des Einkommensmaßstabes der Stadtverordneten-Versammlung folgend, demnächst eine Boule schaffen, die eine Erweiterung der bestehenden Gasrentnerhilfe in dem Sinne veranlaßt, daß die Einkommensgrenze der ihr zugehörigen Haushalte erheblich herabgesetzt wird.

Hiemlich früher spricht der Magistat von der „Anpassung der Gehälter und Löhne an die jeweiligen Preisverhältnisse.“ Die Herren im Präsidium des Magistrats bekommen anscheinend recht hohe Gehälter, daß sie nicht die täglich mehr fortschreitende Entwertung des Arbeitseinkommens ignorieren. Wie ein Hohn auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung unter diese Schenke des Magistrats an. Die Herren mögen doch die Augen öffnen. Denn werden sie ein so geringfügiges Geld leben, daß durch die Erweiterung der Gasrentnerhilfe nicht einmal gefährdet werden kann. Dieses Geld entspricht geradezu nicht die Einkommenshöhe des Magistrats mit fast der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit. Dazu sind dringende Maßnahmen notwendig, weil sie nur von den Arbeitern durchgeführt werden können.

Brotmarken.

Die Marke mit dem Sternchen gilt in der Regel genau so viel und so lange wie die gewöhnliche 1-Pfund-Brotmark. Ist sie unbeschädigt und mehr oder weniger als ein Pfund wert, so zu bezeichnen, so wird dies von den zugelassenen Verkaufsstellen durch Aufhängen besonders bekannt gemacht werden.

Die Verkaufsstellen auf den 1. Okt. 1922 sind für den öffentlichen Verkehr von jetzt ab an Nachmittagen von 8 bis 3 1/2 Uhr geöffnet. An Sonn- und Feiertagen bleiben sie geschlossen.

Personenstandsamt. Um die Veranlagung zur Reichs Einkommensteuer für 1922 rechtzeitig in die Wege zu leiten, hat der Finanzminister zum 10. Oktober d. J. eine Personenstandsaufnahme angeordnet. Die erforderliche Vorarbeit werden den Hauseigenen rechtzeitig zugehen. Die genaue Ausfüllung der Listen liegt im Interesse jeder Steuerpflichtigen, da sie als Unterlage für die Aufstellung der Steuerlisten und für die Ausfertigung der Steuerbescheide dienen. Die Mitglieder der evangelisch-lutherischen Kirchen und Christus-Verdienste haben sich zur Vermeidung einer fälligen Veranlagung zur Kirchensteuer als lutherisch anzutragen.

Beförderung von Schwerkranken. Mit infortiger Gültigkeit dürfen Schwerkrankenbescheidigte, die nach Art ihrer Verletzungen während der Reise sitzen müssen, auch in der 3. Wagenklasse befördert werden, wenn sie in Besitze von Arbeiterfahrkarten sind. Voraussetzung für diese Beförderung ist ferner, daß dieselben die vorgeschriebene Befähigung der Krankenbescheidigten-Fürorgestelle bei sich führen.

Waldburg-Altwasser. Kommunistische Metallarbeiter.

Am Dienstag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, fand eine wichtige Funksitzung statt. Alles muß pünktlich zur Stelle sein. Der Vorstand.

Die „Bergwacht“ kauft. In der Nr. 229 vom 30. September geht die alte Tante „Bergwacht“ wieder mal gegen die KPD los. In der Soz. Wahl-Vereins-Versammlung, bei deren Mitgliedern anscheinend sehr wenig Anregung gegen den hat — das wichtigste war wohl die Abhaltung eines Wohltätigkeitskonzertes für die Ortsarmen — mußte sie natürlich herhalten, Gespächsstoff zu liefern. Wer wird wohl zu dem fraglichen Konzert die Mittel aufbringen? Das Kapital oder die Proleten selbst? Für wie wichtig die KPD ihre Versammlung hält, zeigt der Bericht in der Bergwacht. Es steht da wörtlich: „Zum Schluß wurde eine längere Debatte über die gegenwärtige politische Lage geführt, besonders die Vereinigung der sozialistischen Parteien begrüßt und der Freude Ausdruck gegeben, daß dadurch der Bruchkrieg beendet ist.“ Die linken Brüder, meinen die Sozialdemokraten aber doch den heiligen Schatz zu übergeben, denn das bekannte leichte Flugblatt (gegen die Einheit für Stinnes) der KPD, hat sie so aus der selbigen Ruhe gebracht, daß eine hitze Schimpfanrede ihre Antwort ist. Die Versammlung hat sogar das faule Verhalten eines kommunistischen Gemeindevorsetzers zu rügen sich herabgelassen. Deshalb wohl, weil er als einziger den Anschluß einer Schieberpartei entgegentrat und natürlich von der großen Koalition niedergestimmt wurde, wie es ja mit unseren Anträgen stets geschieht (siehe Rückstandshilfe und Ortsarmenbewilligung 1921 usw.). Zum Pfandredner, das weite in dem Bericht der „Bergwacht“ erwähnt wird, brauchen wir nicht viel zu sagen. Weiß doch hier in Waldenburg jeder Kind, wer der größte Pfandredner ist und in welcher Partei er sitzt. Falls es der „Bergwacht“ wieder einmal beliebt, mit uns zu diskutieren, so sind wir gern bereit. Wir haben noch viel auf Lager.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesia)

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Delpner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 68864, Alfred Delpner.

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Josef König.

R. J. Sprechchor. Heute (Montag) abend 7 Uhr, Tuchhalla, Aderstrasse, Hebung.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Gottesberg, Langestraße Nr. 1. F. Metzger.

Freiburg. Montag, den 9. Oktober, abends 7 1/8 Uhr. Buchwald Hinterzimmer. Vortrag des Genossen Ledutte über „Eugen Levine“. Gäste willkommen.

Donnerstag, den 13. Oktober, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft des Marxistischen Bildungszirkels. Buchwald Mittelzimmer. Pünktlichkeit ist Pflicht.

Waldenburg. Sonntag, den 15. Oktober, früh 9 Uhr, in der Brauerei Ritsche, Sophinau, wichtige Mitgliederversammlung. Zeitungsleser und Sympathisierende willkommen. Pünktliches und vollständiges Erscheinen aller ist Pflicht.

Unterbezirk Siegnitz. Büro: Haynan, Siegnitzerstr. 39. Alfred Hamann.

Bunzlau. Am Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 Uhr in der „Deutschen Reich“ Mitgliederversammlung. Alle Genossen haben für guten Besuch zu sorgen, Frauen und Jugendliche sind mitzubringen. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung kommt der Bericht vom Bezirksparteitag in Frage. Erscheinen jedes Genossen ist unbedingt erforderlich.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Gräf; Inserate: Max Juchacz. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesia, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus. Operntheater. Telefon R. 255.

145 Heute u. täglich 7 1/2 Uhr: **Die beiden Nachtigallen.** Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: **Die Tanzgräfin.**

Liebig-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: **Das grosse Oktober-Programm.**

Zeltgarten. Täglich 8 Uhr: **Im grünen Paradies-Programm.**

Sieben ist erdienen: **Eugen Levine** von P. Werner. Preis 60 Mk.

Zu beziehen durch **Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesia** e. G. m. b. H. Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

Genosse werbe für dein! **Genosse Partei-Organ!**